



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

330 (18.7.1918) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-177278](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-177278)

verbandes möchten gar zu gern die militärische Kraft der Mosowiter wieder vor ihren in Trümmer gegangenen Siegeswagen spannen. Die „Wiederherstellung der Ostfront“ ist das Zauberwort, von dem man sich, nach den furchtbaren Hindenburgschlägen bei St. Quentin, am Damme und bei Ronan die Rettung aus dringender Gefahr verspricht. Und es fehlt nicht an Versuchen, den Traum zu verwirklichen. Englisches Gold fließt die Russen auf, sich gegen die maximalistische Regierung zu erheben und die ententefreundlichen Kadetten, deren abgesetzter früherer Agent Kerenski jetzt als politischer Handlungsreisender die Welt durchzieht, neuerdings an die Spitze der Bewegung zu bringen. Trotz der grimmigen Gefahr, die damit verbunden ist, sucht Frankreich die Japaner ins russische Band zu ziehen; man sie wieder hinausbringen soll, darüber mögen sich später, so denkt Herr Clemenceau, John Bull und Dinkel Sam den Kopf zerbrechen. Um selbst etwas zu Russlands neuer Erhebung gegen Deutschland beizutragen, hat sich England an der Kurmanküste festgesetzt und versucht von dort aus den Deutschen unbehagen zu werden.

Hindenburg wird über diese Maßnahmen lächeln. Unbehagen werden England und Frankreich durch ihre Racheaktionen auch nicht den Deutschen, sondern nur den Russen selber. So verrät in politischer Hinsicht keine der Zeitungen den zur Zeit maßgebenden russischen Leuten, daß sie nicht erkennen, was eine englische Festlegung im Norden, was ein japanischer Einmarsch für sie zu bedeuten hätte. Trotz hat in Moskau erklärt, wenn er zwischen einer deutschen und einer japanischen Befehlshaber wählen müsse, werde er sich unbedingt für die deutsche entscheiden. Die ihm ergebenden Zeitungen knüpfen an seine Rede bereits die Bemerkung, es erwiese sich, als notwendig, die Bündnisverträge nachzuprüfen und sich mit Deutschland zu befreunden. Ganz ernst braucht man alle solche Drohungen und Warnungen an die Entente nicht zu nehmen, aber von einem gewissen Stimmungswandel zeugen sie doch. Und daran, daß nur die Deutschen fähig seien, in Russland wieder geordnete Zustände herzustellen, glauben sogar die in Russland wohnenden französischen Kaufleute und Industriellen. Sie lassen über diese ihre Auffassung niemand im Zweifel.

Wir können also die weitere Entwicklung der Dinge im östlichen Nachbarland ruhig abwarten. Unsere Stärke gestattet uns, jeder Möglichkeit fest ins Auge zu sehen, und die immerhin erfreuliche Tatsache, daß unsere Gegner von gestern, die Trosky und Lenin, uns bereits für das kleinere Übel halten, im Vergleich mit ihren Freunden von gestern, läßt für die zukünftige Gestaltung der Lage im Osten das Beste hoffen.

Amerika und Russland.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 18. Juli. (Br.-Tel. g. R.) Das „St. Gallener Tageblatt“ meldet: Der Washingtoner Berichterstatter der „Morningpost“ drückt seinem Blatte, die bewaffnete Intervention in Russland habe ihre Gegner vor allem unter den höheren Offizieren der Vereinigten Staaten. Sie sind der Ansicht, daß die Abwendung von Truppen nach Sibirien, die Gewährung finanzieller Hilfe an Russland und die Verwendung des amerikanischen Schiffsraums der Versorgung Frankreichs mit Truppen, Munition und Lebensmitteln nur abträglich wäre. Jene Offiziere erklären, das beste Mittel, Russland zu retten, bestiehe darin, Deutschland da zu schlagen, wo seine Heere jetzt stehen. Eine Expedition nach Sibirien wäre ihres Erachtens nur eine Abschweifung und hätte den Nachteil, die Kräfte zu zersplittern, die besser angewendet sind, wenn sie an der feindlichen Front zusammengezogen werden.

Eine Expedition aller Verbandsstaaten?

c. Von der Schweizerischen Grenze, 18. Juli. (Br.-Tel. g. R.) Die New Yorker Blätter melden, daß vorige Woche neue japanische Truppen nach dem Festlande und Wladimirof abgegangen sind. Die Truppen stehen unter dem Befehl des Admirals Kato.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 18. Juli. (Br.-Tel. g. R.) Die „Neue Zürcher Ztg.“ berichtet: Noch Informationen der „Stampa“ werden an der sibirischen Expedition Truppenteile aller vier Verbandsstaaten teilnehmen.

Die Cholera in Russland.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 18. Juli. (Br.-Tel. g. R.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet, die russischen Blätter bestätigen, daß in Petersburg die Cholera wüte. Man verzeichnet täglich 400 neue Fälle.

Die panslawische Heeresflute.

London, 17. Juli. (W.T.B. Nichtamtlich.) Das Reutersche Büro erzählt von polnischer Seite, daß die tschecho-slawische Armee in Sibirien zahlreiche russische Einheiten unter den Generalen Erdille, Alexejew und Dutow, polnische Abteilungen unter General Medaefis, sowie Reste der „eisernen karpatischen Brigade“ unter dem Obersten Haller umfaßt.

Die Ausfuhr Chinas.

Amsterdam, 17. Juli. (W.T.B. Nichtamtlich.) Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge berichtet „Daily Express“ aus Tokio, daß der Agent Smererow, von der Moskauer Kommission für Versorgung, die chinesische Regierung ersuchen soll, das Ausfuhrverbot von Lebensmitteln aus der Mandschurien nach Russland aufzuheben. Smererow versichert, daß die Ausfuhr den Deutschen nicht zugute kommen.

Die Explosion auf der „Kawatschi“.

m. Rdn., 18. Juli. (Priv.-Tel.) Die „Rdn. Wollzitz“ meldet aus Amsterdam: Reuter meldet aus Tokio: Infolge der Explosion der „Kawatschi“ sind von den 1100 Personen an Bord des Dampfschiffes nur 400 gerettet worden.

Teuerfeier für den Grafen Michah.

Berlin, 18. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) Für den in Moskau ermordeten Grafen Michah hat heute vormittag 11 Uhr in der katholischen St. Hedwigskirche in Berlin ein feierlicher Trauergottesdienst stattgefunden, zu dem die Einladungen von der Regierung ergangen waren. An der Feier nahmen außer den Brüdern des Verstorbenen, die als Offiziere in der österreichischen Armee dienten, viele Vertreter der amtlichen deutschen Kreise, der Diplomatie und ein zahlreiches nichtamtliches Publikum teil. Von der Regierung erschienen n. a. Bizekanzler von Payer, Unterstaatssekretär von dem Busche, der Bizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg, die in Berlin weilenden übrigen Minister und Staatssekretäre und leitenden Beamten der Reichs- und Staatsbehörden. Die russische Botschaft war durch den Botschafter Joffe vertreten, der von einem seiner Sekretäre begleitet war.

Preussische Minister in Riga.

Romno, 17. Juli. (W.T.B. Nichtamtlich.) Der preussische Eisenbahnminister von Breitenbach und Handelsminister Dr. Ebdow sind wie die „Baltisch-Bitauischen Nachrichten“ melden, in Riga eingetroffen. Sie nahmen an einer Sitzung des Rigaschen Vorkomitees teil, in der Fragen des Handels und der Industrie erörtert wurden.

Oesterreichs Politik.

Wien, 17. Juli. (W.T.B. Nichtamtlich.) Meldung des Wiener T. u. Z. Korrespondenz-Büros: Bei der fortgesetzten ersten Sitzung des Budgetprovisoriums im Abgeordnetenhause äußerte der deutsch-nationale Waber, gegen die

Oesterreichisch-polnische Lösung

die allerersten Bedenken. Er begründete die entschiedene Haltung der Deutschen und erklärte, eine Besserung der Verhältnisse in Oesterreich werde nur durch ein entsprechendes Zusammenwirken aller Völker in freier Einigkeit an das verbündete Deutsche Reich erzielt werden können.

Der Obmann des Polenklubs Terzli führte aus, die geistige Rede des Ministerpräsidenten von Geldler sei vom Standpunkt aller Parteien aus zu bedauern. Ebenso wenig wie gegen die Deutschen lasse sich auch nicht gegen die Polen und die anderen Völker regieren. In Beantwortung der Oesterreichisch-polnischen Lösung sagte der Redner: Die Worte des Ministers des Innern erzielten zwar unsere Sache nicht, sie berühren sie aber sehr behutsam, aber sie sind doch als erster Anfang nach dem was unter dem Grafen Czernin geschehen ist, geeignet, die Hoffnung zu begründen, ein Vertrauen anzubahnen. Der Redner begründete das Verständnis mit dem die polnische Frage in Ungarn behandelt wird und verlor den Kngsflaggen im Prozeß von Wawrmas-Sziget den Gruß des polnischen Klubs. Die geplante

Zweifelhaftigkeit Polens

werde nie zustande kommen. Die Polen sind bereit mit den Herren von Koll zu verhandeln, aber nur auf Grund der Einheit des Landes. Der Redner erklärte schließlich im Namen des Polenklubs, daß er seine Zustimmung über das Budgetprovisorium von dem Vertrauen zu jener Regierung abhängig machen werde, die zur Zeit der Abstimmung bestiehe. (Beifall bei den Voten.)

Der Abgeordnete Diner erklärte, die Wiener freiwirtschaftlichen Abgeordneten würden ohne dem Ministerpräsidenten Vertrauen zu gewähren, im Interesse des Staates das Budgetprovisorium zu bewilligen, jedoch nur für vier Monate. Abgeordneter Striberz (Liberale) klagt über die Verfolgung der nicht-deutschen und nicht-ungarischen Nationen. Er betonte, für den tschecho-slawischen Gedanken treue heute das ganze Volk ein. Er kritisierte den Vertrag von Breßlowitz, durch den der Krieg nur verlängert werde.

Das vorläufige Ergebnis der 8. Oesterreichischen Kriegsanleihe.

Wien, 17. Juli. (W.T.B. Nichtamtlich.) Nach den vorläufigen Feststellungen haben die bisher eingelaufenen Zeichnungen auf die 8. Kriegsanleihe den Betrag von 5763 Millionen Kronen erreicht. Die endgültigen Ziffern können erst zu einem späteren Zeitpunkt ermittelt werden.

Das Frauenwahlrecht in Ungarn.

Budapest, 17. Juli. (W.T.B. Nichtamtlich.) Der Regierungsentwurf betreffend die Einführung des Stimmrechts für Frauen, die eine höhere Schulbildung genossen oder auf Grund eines selbständigen Erwerbs 100 Kronen Steuern bezahlen, ist abgelehnt worden.

Deutsches Reich.

Unterstaatssekretär Schiffer

wird in der „Ratib. Kor.“ für das erfolgreiche Zusammenwirken zwischen Reichstag und Regierung bei dem Steuerwerk besonders gerühmt. Man habe überall, namentlich bei den Verhandlungen im Ausschuss, seine zureichende und mit parlamentarischen Verhältnissen vertraute Hand bemerkt. Die Parlamentarisierung der Regierung habe auf diese Weise eine Bewährung gefunden, für die man im Reichstag wohl in erster Linie dankbares Verständnis haben werde.

Der Sitz des Reichsfinanzhofes

soll bekanntlich nach Süddeutschland kommen. Die Presse und Behörden von Frankfurt, München, Straßburg entfalten bereits eine rege Tätigkeit, um sich dieser Reichsbehörde zu werden. Auch Karlsruhe dürfte sich demnächst melden.

Berlin, 18. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Eine parlamentarische Korrespondenz will erfahren haben, daß zum Präsidenten des neuen Reichsfinanzhofes der jetzige Unterstaatssekretär im Reichsfinanzhof Schiffer ausersehen sei. Wie haben Grund die Meldung für durchaus unzutreffend zu halten. Zunächst ist ja das neue Amt überhaupt noch nicht geschaffen und einmündig ist auch, wie wir zuversichtlich zu wissen glauben, noch niemand für seine Leitung ausersehen, ist auch mit keinem noch verhandelt worden. Sind aber erst einmal die Dinge soweit geblieben, so wäre es unseres Erachtens ein Fehler, dem neuen Amt just Herrn Schiffer vorzuziehen. Nicht daß er seiner persönlichen und fachlichen Eignung für die neue Spruchbehörde zu zweifeln wäre. Aber wie alle sind uns einig, daß Herr Schiffer gerade um seiner parlamentarischen Vergangenheit willen bei der letzten Steuerreform sich vorzüglich bewährt hat und daß seiner persönlichen Verhandlungspolitis nicht zuletzt das verhältnismäßig starke Zustandekommen der Steuerreform zu verdanken gewesen ist. Die Steuerreform aber ist vorläufig leider ja noch nicht abgeschlossen. Schon für den Herbst steht uns befangen ein neuer Steuerentwurf in Aussicht. Es wäre unter diesen Umständen schwer zu begreifen, wenn man Herrn Schiffer zu einer Zeit mit der Auslegung von Steuererlassen betrauen wollte, wo er beim Schaffen solcher Gesetze kaum zu helfen ist. Der neue Reichsfinanzhof wird ja wohl nun sicher nach München kommen. Die Entscheidung in dieser Frage dürfte im Laufe des morgigen Tages erfolgen.

Eine Feuerungsanlage für Eisenbahnen.

Berlin, 17. Juli. Am Samstag den 13. Juli wurde im Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine sechsöpfige Kommission des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes empfangen, welche die Wünsche der nicht im Beamtenverhältnis stehenden Bediensteten zum Vortrag brachte. Es wurde insbesondere in Anbetracht der großen Notlage der Eisenbahner eine baldige durchgreifende Feuerungsanlage gefordert. Gleichzeitig wurden auch die Fragen der Regelung der Arbeitszeit sowie der Sonntagsarbeit einer eingehenden Ausprache unterzogen. Der Vertreter des Herrn Ministers, Herr Ministerialdirektor Hoff, sagte eine Prüfung der Beschwerden über die Arbeitszeit sowie über die Sonntagsarbeit zu und stellte die Einberufung einer Sachkommission zur Regelung dieser Fragen in Aussicht. Insbesondere wurde die Forderung einer Feuerungsanlage anerkannt und wurde der Kommission zugesichert, daß dieselbe unverzüglich, sobald die zur Zeit noch bestehenden Erhebungen abgeschlossen seien, zur Ausarbeitung gelangen werde.

Kriegswirtschaftliche Maßnahmen.

Rundgebung der deutschen Erwerbstätigen.

Wie wir erfahren, ist der Deutsche Industriekongress mit der Vorbereitung einer für Ende September geplanten gemeinschaftlichen Rundgebung der zentralen Wirtschaftsorganisationen beschäftigt, in der eine möglichst einheitliche Stellungnahme der Industrie, der Handwerkskunst, des Handels und der Geschäftsfahrt zu den von der Regierung beschlossenen Maßnahmen für den Abbau der Kriegswirtschaft und für die Wiederanknüpfung unserer weltwirtschaftlichen Beziehungen herbeigeführt werden soll. Die Rundgebung wird sich vor allem auch gegen die staatssozialistischen Strömungen und gegen eine über das notwendige Maß hinausgehende Zwangswirtschaft in der Übergangszeit richten.

Die Volksernährung.

Die Ernteaussichten in Preußen.

Aus Berlin wird geschrieben: Ueber die Aussichten der neuen Ernte erfahren wir im Landwirtschaftsministerium: Nach den Berichten der Provinzialverwaltungen ist die Ernteaussicht für Preußen durchweg gut. Wenn keine zu erheblichen Witterungseinflüsse noch eintreten, wird die Körnerernte das Mittel des Vorjahres übertreffen. Die Kartoffelernte ist ebenfalls gut. In einzelnen Provinzen

verspricht die diesjährige Ernte die beste des Krieges zu werden. Es ist in Aussicht genommen, unter diesen Umständen die Brot- und Kartoffelmengen bereits von Mitte August zu erhöhen und für den Ausfall von Fleisch in dem fleischlosen Wochen Ersatzmittel zu bewilligen. Auch aus dem übrigen Deutschland lauten die Berichte über den voranschreitenden Ernteaussicht günstig. In den besetzten Gebieten in Belgien und im Osten ist ebenfalls mit guter Ernte zu rechnen.

Letzte Meldungen. Der Wiener Bericht.

Wien, 18. Juli. (W.T.B. Nichtamtlich.) Umlich wird verkauft:

In Italien keine besonderen Ereignisse. In Albanien hat der Gegner Fühlung mit unseren Sicherungstruppen genommen.

Der Chef des Generalstabs.

Ereignisse zur See.

Am 17. Juli in den Morgenstunden wurde Pola von mehreren Geschwadern feindlicher Land- und Seesflugzeuge mit ungefähr 20 Bomben besetzt. An Opfern sind zwei Tote (Stollarbeiter) und mehrere Verletzte zu beklagen. Der ungeschädigte Schaden ist unbedeutend. Joffenkommando.

Herr von Hinge.

Herr v. Hinge über Norwegen.

Christiania, 17. Juli. (W.T.B. Nichtamtlich.) „Morgenbladet“ veröffentlicht eine Rede die Herr von Hinge einem Vertreter des Blattes bewilligte. Nachdem der Redner es ablehnte, sich über die wichtigsten Fragen und die innere Politik Deutschlands zu äußern, sagte er über sein Verbleiben in Norwegen, seine Beziehungen seien darauf anzuweisen, einen modus vivendi zwischen Deutschland und Norwegen während des Krieges zu schaffen. Er hoffe, daß seine Beziehungen in dieser Hinsicht durch gegenseitiges Verständnis für die Lage, für die Interessen und Schwierigkeiten beider Länder, sowie durch beiderseitiges Einverständnis erlangen seien, so daß der achtsame modus vivendi dieser Verhandlung nach dem Ende des Krieges in das beste gute nachherige Verhältnis wieder übergeben würde wie es vor dem Krieg zwischen den beiden Ländern gebräuchlich war.

Ein neutrales Urteil über Herr v. Hinge.

Christiania, 17. Juli. (W.T.B. Nichtamtlich.) Anlässlich der Abjurationsfeier des bisherigen Gesandten von Hinge bei König Haakon schreibt „Morgenbladet“ in einem Leitartikel:

Herr von Hinge ist in einem besonders schwierigen Zeitpunkt nach Norwegen gekommen. Da die Beziehungen der beiden Länder nicht zum Besten waren, ist es ihm gelungen, das offizielle Verhältnis in einem bemerkenswerten Grade zu verbessern. Seine Tätigkeit war während der ganzen Zeit ein Zeugnis seiner Bemühungen, Verständigung und einerlei Wohlwollens zu bewirken und durch seine Person und sein Auftreten Sympathie für die von ihm vertretenen Interessen zu wecken.

Es besteht kein Grund zu glauben, daß die Gesichtspunkte die für den Gesandten bestimmend waren, jetzt geändert werden. Hinge hat eine intuitive psychologische Menschenkenntnis, was er in Norwegen in reichem Maße bewies. Seine gewissenhaften persönlichen Eigenschaften verdienen Anerkennung.

Berlin, 18. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) Herr von Hinge soll morgen Abend in Berlin eintreffen. Seine Ernennung wird dann voraussichtlich sofort bekannt gegeben werden.

Das alte Freihandelsland!

c. Von der Schweizerischen Grenze, 18. Juli. (Priv.-Tel. g. R.) „Daily Chronicle“ schreibt, daß gegen die Handelskammer von Brighton ein Verfahren eingeleitet wurde über die Befreiung der Kammer vom 9. Juli, in denen die Wiederaufnahme des freien Schiffsabris- und Handelsverkehrs mit allen Festlandsstaaten nach dem Kriege gefordert wurde.

Abgestürzt.

Berlin, 18. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Der bekannte Münchener politische Schriftsteller Dr. Benjamin Karl Freiherr von Rafan ist im Karwendelgebirge tödlich abgestürzt. (Herr Rafan galt als Kamer weltpolitischer Probleme und hat als solcher auch für unsere Zeitung manchen wertvollen Beitrag geliefert.)

Letzte Handelsnachrichten.

Benz & Co., Rheinische Automobil- u. Motorenfabrik. A.-G., Mannheim.

In der heutigen Aufsichtsratsitzung wurde der Abschluß per 30. April 1918 vorgelegt. Der Reingewinn einschließlich Vortrag von 2 Mill. Mk. (i. V. 1 Mill. Mk.) beträgt nach 364.949 Mk. (3.476.623 Mk.) Abschreibungen 17.153.607 Mark (16.218.993 Mk.). Es wurde beschlossen, der auf Mittwoch, den 7. August einberufenen Generalversammlung vorzuschlagen, 20 Prozent Dividende mit 4.400.000 Mk. (wie i. V.) zu verteilen, auf neue Rechnung 2 Mill. Mark vorzutragen (wie i. V.), für statutarische Tantieme und Gratifikationen 2.300.000 Mk. (2.033.500 Mk.) zu verwenden, für Wohlfahrtsvereine an Beamte u. Arbeiter 1.825.000 M. (1.500.000 M.), 1 Mill. Mk. für die Pensionskasse, für Errichtung einer Prüfungs- und Versuchsanstalt 2 Mill. Mk. und zur Verwendung für die Übergangszeit 2 Mill. Mk. zu bewilligen, ferner eine besondere Zuweisung an die Aktionäre in Höhe von 10 Prozent des Aktienkapitals in deutscher Kriegsanleihe, nominal 2.200.000 Mk. zu 98 Prozent gleich 2.150.000 Mk. (wie i. V.) auszuschlütten und den Restbetrag von 472.607 Mark (629.493 Mark) zur Verfügung des Aufsichtsrats zu stellen.

Mannheimer Effektenbörse.

Auch heute war für Brauerei-Aktien größere Nachfrage und gingen Ludwigshafener Aktienbrauerei zu höherem Kurse um, etwas höher begehrt waren auch Weyer, Worms, ferner Lichtbaum gefragt. Von Industrie-Aktien stellten sich Benz eine Wenigkeit höher. Ebenso Oberrhein. Elektrizitätswerke, Südd. Drahtindustrie und Unionwerke. Ferner sind als fester zu bezeichnen: Badische Bank und Mannheimer Versicherungs-Aktien.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt a. M., 18. Juli. (Priv.-Tel.) Bei größerer Zurückhaltung und sehr stillem Geschäft eröffnete die Börse und da die Aufträge vonseiten des Privatpublikums mehr nachgelassen haben, blieb auch im weiteren Verlauf die Umatztheit sehr gering. Im freien Verkehr beschränkte sich das Interesse auf deutsche Maschinen, L. A. Riedinger, Augsburg und Heildorf, Aktien, Norddeutsche Wolle nahmen schwankende Haltung an. Petroleumaktien kaum beachtet. Sehr still lagen die Märkte der Montan, Elektrizitäts- und Chemische Industriepapiere, doch ist größtenteils gut behauptete Tendenz vorherrschend. Schiffahrtsaktien konnten den erhöhten Kursstand nicht behaupten. Schantungbahnen lagen schwächer. Unter den Rüstungsaktien begegneten Adlerwerke Kleyer, Daimler und Benz schwankender Haltung. Bei mäßiger Abschwächung sind heimische Bankaktien zu erwähnen. Deutsche Bank, Berliner Handels-Gesellschaft waren angeboten. Am Einheitsmarkt war die Stimmung wesentlich ruhiger als in den Vorlagen. Kursnotierungen erzielten Textilverwertungen vor Bezugsung von Trikowerber Bessingheim und Spinnerei elsassisch-badische Wollfabrik. Fest lagen auch Maschinenfabrik Eblingen, Metallwerke Ullrich, Rüggerswerke, Spiegel und Spiegelglas sowie Gebrüder Junglans gingen etwas zurück. Am Rentenmarkt herrschte wieder große Geschäftstille, von ausländischen Wertpapieren, Chinesen und Mexikaner schwächer. Privatdiskont 4 Prozent.

Aus Stadt und Land.

Personal-Veränderungen.

Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen im Bereich des 14. Armee-Korps.

Es wurden befördert: Zum Leutnant der Landwehr: Gaspert (Heidelberg), Bielefeld, 3. St. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb., Bismarck (Donauwörth), Bielefeld, 3. St. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb., Wehrle (Worms), Bismarck, 3. St. d. Landw.-Trains 1. Aufgeb., Sattler (Stadach), Bielefeld, 3. St. d. Landw.-Infanterie 2. Aufgeb., Schneider (Salob), Bielefeld, 3. St. d. Landw.-Infanterie 2. Aufgeb., Scheller (Koblenz), Bielefeld, 3. St. d. Landw.-Infanterie 2. Aufgeb., Oberst d. Ref. d. Inf.-Regts. 112, Koller (11 Berlin), Oberst d. Ref. d. Inf.-Regts. 170, 1. St. d. Ersatz-Bataillon dieses Regts., Helmman (11 Köln) und Herr. Reichsall u. Wieserlein (Halle a. S.), beide Oberst d. Ref. d. Feldart.-Regts. 76, 1. St. bei der 3. Inf.-Abt., dieses Regts.

Vertorene Baufloßen.

Wir lesen in der Karlsruhe'ger Presse: Bei dem außerordentlichen Bedarf an neuen Wohnungen ist es wichtig, daß neben den gewöhnlichen Bauorganisationen auch der private Unternehmer sich an der Herstellung von neuen Wohnungen beteiligt. Er kann dies nur, wenn eine Rente in Aussicht steht, die das verwendete Kapital der Rechte entsprechend verzinst und den Betriebsaufwand deckt. Es erscheint fraglich, ob Renten von einer solchen Höhe, wie für die überaus stark angemaßenen Kosten des Hauses nötig machen würden, überhaupt beschafft werden können. Aber auch wenn dies der Fall wäre, so wäre ein solches Anstehen verhältnismäßig, zumal es zu einer Uebersteuerung auch der schon vorhandenen Wohnungen führen müßte. Wird, was notwendig ist, die übermäßige Steigerung der Mietpreise kleiner Wohnungen weitgehend verhindert, so muß dem Bauunternehmer in anderer Weise ermöglicht werden, die angemessene Rente aus dem Haus zu gewinnen. Bausparnisse vermögen im allgemeinen diesen Zweck nicht zu erreichen, weil nicht bekannt ist, welche Risiken eintritt und in Zukunft zulässig sein werden, demnach welcher Teil des Bauunternehmens durch die Risiken ungedeckt bleibt. Die Gewährung und die Teilnahme eines Bausparbusses schließt zudem für Geber und Nehmer eine Spekulation in sich.

Überblickender Geh. Hofrat Dr. Ruder in Mannheim empfiehlt daher jährliche Rentenzuschüsse, die sich den jeweiligen Baukosten und den jeweiligen Risiken anpassen. Diese sollen bis zur Tilgung des Bauaufwandes herabgesetzt werden. Anträge auf die Rente muß jeder haben, der innerhalb des Bedürfnisses Klein- oder Mietswohnungen erbaut. Solche ausstehenden Zuschüsse für die „verlorenen Baukosten“ begründen und gewährleisten den Einfluß der öffentlichen Gewalt auf die Höhen der Mietpreise. Dr. Ruder wird über diese äußerst wichtige Frage auf der 2. Bau-Wohnungs-Konferenz, welche der Landesbauvereinsverein vom 20. bis 22. Juli im Erdgeschoss in Karlsruhe veranstaltet, sprechen. Er wird bei dieser Gelegenheit darüber einleiten, daß für die Bewährung der Rentenzuschüsse in dieser Linie das Reich in Betracht kommt, da die Notwendigkeit dieser Maßnahme eine Kriegssache ist. Es ist abgesehen, daß die vom Reichsamt in Aussicht gestellten Reichsmittel in Höhe von 800 Millionen Mark ohne Sicherstellung wirksamen Erfolges und des behörigsten Einflusses auf die Höhe der Mietpreise verteilt werden.

3. Militärliche Beförderung. Der Gebräute Wotter Eichelsbacher wurde wegen Auszeichnung vor dem Feinde zum Unteroffizier befördert.

Der Larijansklub der Deutschen Buchdrucker hat in vergangener Woche in Berlin getagt, um über tarifliche Angelegenheiten zu beraten und zu beschließen. Insbesondere handelte es sich um das dringende, mit den gesteigerten Kosten der Lebensunterhaltung begründete Verlangen der Gewerkschaft auf erhebliche Erhöhung der bisher bezogenen Teuerungszulage. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde dem Gehilfen eine weitere Teuerungszulage von 13 bis 15 Mark pro Woche gewährt, jedoch in zwei Raten am 1. August und 1. Dezember. Jedoch wurde ferner eine weitere Erhöhung der Druckpreise um 25 v. H. ab 1. August, um weitere 15 v. H. ab 1. Dezember.

Wiedereröffnung des privaten Postverkehrs mit Rußland. Auf Grund besonderer kaiserlicher Verordnungen ist zwischen dem Postgebiet Ost, Ostland und Ostland und dem unbesetzten Rußland der private Postverkehr wieder aufgenommen worden. Das Recht der Zensur und die Art ihrer Ausübung ist ausdrücklich von beiden Parteien vorbehalten worden. Zunächst sind für den Verkehr nur persönliche und eingeschriebene offene Briefe und Postkarten zugelassen worden, die in einer der drei Sprachen: deutsch, russisch oder ungarisch abgefaßt sein müssen. Weiters Sprachen können vorläufig nicht zugelassen werden, weil es noch an dem geeigneten Kontrollapparat fehlt. Die Sendungen nach Rußland müssen nach den Regeln des Weltmarktes frei gemacht werden und folgen: Briefe bis 20 Gr. 20 Pfg., alle weiteren 20 Gr. 10 Pfg., Postkarten 10 Pfg., Postkarten mit Antwort 20 Pfg., Einschreibgebühr 20 Pfg.

Gewehre Besätze. Wie kürzlich im Reichsanzeiger bekannt gegeben wurde, ist einer größeren Anzahl von Telegraphen- und Postdirektoren der Charakter eines Geheimen Ratsrats verliehen worden. Es ist beabsichtigt, die Grenze für diese Charakterverleihung nunmehr weiter zu ziehen. Bisher erfolgte sie, wenn vorher sehr großer Verdienst in den Ruhestand trat, und „wenn möglich“ ausnahmungsweise. Dies ist nunmehr auch bei den in Rußland kämpfenden Offizieren von weniger großen Verdiensten erfolgt. Außerdem können auch Offiziere von besonders herausragenden Verdiensten den Geheimratstitel erhalten, wenn sie noch im Dienst sind.

Erzeugerbeiträge für Gemüse. Die bad. Gemüseerzeugung hat folgende Erzeugerbeiträge für Gemüse festgesetzt: für das Pfund Kohlrabi 15 Pfg., Erbsen 20 Pfg., Bohnen 20 Pfg., Gelberbsen und Karotten ohne Strauß vom 20. bis 31. Juli 12 Pfg., bis 15. August 10 Pfg. und bis 1. September 8 Pfg. (das Kraut muß vollständig abgeerntet sein), Kohlrabi 18 Pfg., Frühweißkraut bis 31. Juli 12 Pfg., bis 15. August 8 Pfg. und bis 31. August 7 Pfg., Frühweißkraut bis 31. Juli 12 Pfg., bis 15. August 8 Pfg. und bis 31. August 7 Pfg., Karotten 7 Pfg., Frühkohlrabi bis 15. August 15 Pfg., bis 31. August 12 Pfg., Zwiebeln 18 Pfg., Spinat 20 Pfg., rote Rüben 10 Pfg., Gurken unter 6 Zentimeter 100 Stück 1 Pfg., bis 10 Zentimeter 100 Stück 1 Pfg., Salatgurken das Stück bis 31. August 15 Pfg., bis 1. September 10 Pfg.

Die Arbeitsbeschränkungen für Bohnen und Spelfrüchte, von der badischen Gemüserzeugung wurden Arbeitsbeschränkungen angeordnet: für Bohnen für die Bezirke Konstanz-Bad, Dreifach, Emmendingen, Heidenberg-Bad und Mannheim-Bad, für Spelfrüchte für die Bezirke Freiburg, Offenburg, Baden und Karlsruhe. Bohnen und Spelfrüchte in anderen als den angegebenen Bezirken unterliegen keinen Arbeitsbeschränkungen. Zum Absatz von Bohnen und Spelfrüchten in den angegebenen Erzeugerbezirken bedarf es der Genehmigung der badischen Gemüserzeugung. Keiner Genehmigung bedarf der Absatz durch den Erzeuger an den Verbraucher, wenn nicht mehr als 5 kg an Bohnen oder Spelfrüchten an drei gleichen Verbrauchern abgesetzt werden und der Absatz in Kleinhandelsläden und auf öffentlichen Märkten. Für Sendungen innerhalb des Großherzogtums Baden bis zu 50 kg werden Beförderungsgebühren vom Bürgermeisterrat des Erzeugerortes erteilt. Für Sendungen von mehr als 50 kg innerhalb des Großherzogtums Baden und für alle Sendungen von mehr als 5 kg nach außerhalb des Landes sind die Beförderungsgebühren bei der Geschäftsstelle der badischen Gemüserzeugung in Mannheim nachzuführen.

Ein Mannheimer an der Spitze der deutschen Kampfflieger, Flugzeugführer Ernst Udet, mit 40 Leistungen zurzeit der erfolgreichste deutsche Kampfflieger, ist nach den „Mannheimer N. Nachr.“ ein Sohn des Ingenieurs Adolf Udet, Inhaber der Firma Udet u. Co.

in München. Schon in frühesten Jugend oblag Ernst Udet mannigfacher sportlicher Betätigung. Bei Kriegsausbruch meldete er sich als Schützengrabenfreiwilliger als Motorradfahrer und ging als solcher ins Feld. Später lernte er bei den Ostwestfalen das Fliegen und meldete sich nach der Ausbildung in Schleißheim, wo er jedoch wegen seiner Jugend keine Aufnahme fand. Der jugendliche Flieger ging dann nach Darmstadt und trat bei einem preussischen Regiment ein. Schon im Jahre 1916 wurde er zum Leutnant befördert. Leutnant Udet ist Führer einer Jagdstaffel im Schwabener Reichshofen. Nach seinem 20. Luftflug wurde der Fliegerheld im Mai d. J. mit dem Orden Pour le mérite ausgezeichnet, nachdem er zuvor schon eine Reihe anderer Auszeichnungen erhalten hatte.

Die diesjährige Hauptversammlung des Bundes Deutscher Verkehrs-Vercheine findet vom 13. bis 15. Sept. in Weimar statt.

pp. Marktänderung. Der heutige Markt war nur ungenügend besetzt. Am auffallendsten ist das Verschwinden der Bohnen. Käufer der Stadt hatten nur noch ein oder zwei Marktstände ganz unbedeutende Mengen Bohnen. Da der neuerdings geltende Höchstpreis sich in den gleichen Bohnen bewegt, wie sie schließlich mit der steigenden Zufuhr selbst im freien Verkehr durchzuführen begannen, kann man diesem Umstand das Ausbleiben der Bohnen wohl nicht zuschreiben. Hoffentlich ist die Erzeugung nur vorübergehend, Erbsen gab es nur noch bei der Stadt. Sie sind noch immer heiß begehrt und heute wurde um jedes Pfund gekämpft. Die Zufuhr von Erbsen entspricht dem Bedarf. Wirkung und Wertigkeit war heute nicht genügend da, Kraut ist den meisten noch zu teuer. Gurken erzeuhen sich folgender Anlieferung. Leider drückt sich dieser Umstand aber noch nicht in Preisen aus. Selbst die kleinen Gurken, die man früher zum Einmachen kaufte, werden heute zu Salat genommen, in Anbetracht des Preises werden die Portionen eben immer kleiner. Kopfsalat gehört ebenfalls zu den teuren Marktzeiten, den Kopf Anbieten muß man immer noch mit 60 und 70 Pfennig bezahlen. Bei der Stadt gab es heute Blumenkohl von 80 bis 200 Pfennig. Er wurde gern gekauft, während auf Bohnen zu 50 Pfg. das Pfund nur geringes Interesse auf sich zog. Erzeugerherren hatte die Stadt heute auch schöne Zwiebeln. Es ist nämlich auffallend, daß der gleiche Höchstpreis der Stuttgarterer Markt mit Zwiebeln übersteigt, während auf dem Mannheimer Markt ein empfindlicher Mangel herrscht. Der Zwiebeln wegen suchen viele Mannheimer Hausfrauen den Ludwigsbader Markt. In Ost ist oh man außer Büscheln zu 1,60 RM. das Pfund noch Büscheln zu 1.— RM. und Zwiebeln zu 2.— RM. das Pfund. Mit dem Frühstapelpreis hat man sich anfangs noch nicht ausgekühlt. RM. Johannisherrn ist es endgültig vorbei, wir sind in Mannheim also glückselig darangekommen, d. h. diejenigen, die Beratungen zu ordnen verstanden.

Polizeibericht vom 18. Juli (Sofort).

Unfall. In einem Fabrikraum auf dem Bahnhof brach am 18. ds. Mts. ein 18 Jahre alter, lediger Fabrikarbeiter von Sempertheim die rechte Hand zwischen die Walzen einer Walzmaschine, wodurch ihm der Oberarm gebrochen und die Hand fast gänzlich verlor. Der Verletzte wurde mit dem Sanitätswagen ins Allgemeine Krankenhaus verbracht.

Körperverletzung. Im Hofraum S 4, 3 wurde ein 24 Jahre alter Schloffer von einem Radlurmann durch Fußtritt verletzt.

Brandausbruch. Durch Funken aus einer Lokomotive geriet an mehreren Stellen des rechtsseitigen Bahndammes der durch die Hitze abgedorrte Graswuchs gestern Nachmittag in Brand. Das Feuer wurde von 2 Reuten der Berufsfeuerwehr wieder gelöscht. — Aus unbekannter Ursache brach gestern Nachmittag im Kolonnenweg in der Nähe des Rangierbahnhofs Bahnhof Feuer aus, wobei auf einer Fläche von etwa 200 Quadratmeter das Gras und Heidekraut verbrannte, weiterer Schaden oder nicht verursacht wurde. Das Feuer wurde von Bahnarbeitern und der Berufsfeuerwehr gelöscht.

Verhaftet wurden 17 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter 3 wegen Diebstahls und ein unrechtmäßiger Betriebsbeamter von Bonnes wegen unbefugten Zuzugens des Elbarn Kreuzes und des Berufsbekleidungs.

Aus dem Großherzogtum.

Schweigen, 18. Juli. Der Vorsitzende der hiesigen städt. Rechnungsprüfungskommission hat u. A. festgestellt, daß ein Teil des zweijährigen für die ganze Bevölkerung durch die Stadt vermittelten Reiches zehnerweise an Mitglieder des Gemeinderats und an städtische Angestellte widerrechtlich abgeben wurde. Auch andere Unregelmäßigkeiten sind zutage getreten. Der Gemeinderat hat entgegen der ausdrücklichen Zustimmung des Bürgermeisters ein Verbot der weiteren Einziehung der Rechnungsbücher erlassen und die Entscheidung des Bezirksamts bezw. Ministeriums angezweifelt.

Weinheim, 17. Juli. Wegen Schleichhandels ist heute eine hiesige Händlerin zur Anzeige gebracht worden, die im Begriffe stand, zwei Zentner Obst mit der Hauptbahn nach Frankfurt a. M. zu versenden. Das gesamte Obst, bestehend aus 1 Zentner Pfälzern, einem halben Zentner Pfälzern, sowie einem halben Zentner Weintrauben und Beerenobst, wurde von der Polizei beschlagnahmt und dem städtischen Kommunalverwalter zu anderweitigem Verkauf übergeben. Ferner wurde bei zwei anderen Schleichhändlern ein Zentner Pfälzern beschlagnahmt. — Hier wurden heute die ersten grünen Obstbäume des städtischen Obstplantages mit 60 Pfg. für das Pfund verkauft.

Doben-Boden, 17. Juli. In Anwesenheit von Staats- und städtischen Behörden, Angehörigen des Offizierkorps und verschiedenen geladenen Gästen fand, wie bereits kurz mitgeteilt, am Montag mittag hier selbst die Einweihung des Erholungsheimes für die Erholungsheimbesitzer statt, welches Herr Bentner H. E. Thiergärtner und seine kürzlich verlebte Frau durch Stiftung seines früheren Hofgutes Annaberg auf der Friedrichsöhe dem 14. Armee-Korps als Geschenk übermacht hat. Um 11 Uhr trafen auch der Großherzog und die Großherzogin zur Feier ein. Nachdem sich die Großherzoglichen Herrschaften mit den Anwesenden längere Zeit unterhalten, übernahm der stellvertretende kommandierende General des 14. Armee-Korps, General der Infanterie Isbert, das Heim mit einer feierlichen Ansprache, in welcher er dem Ehler hergliche Worte des Dankes sagte und zum Schluß ein freudig aufgenommenes dreifaches Hurra auf des Großherzogspaar ausbrachte. Hierauf richtete auch der Großherzog an die Anwesenden eine Ansprache, in welcher er Herrn Thiergärtner gleichfalls Worte des Dankes für seine hochherzige Spende sagte und den Wunsch äußerte, daß die tapferen Krieger, welche in dem neuen Heim Aufnahme finden, zugleich Erholung und neue Kräfte zur ferneren Arbeit finden mögen. Hieran fand ein Rundgang durch die sämtlichen Räume des Hauses und eine Besichtigung des gesamten großen Anwesens statt, worauf die Großherzoglichen Herrschaften die Rückreise antraten. Die Einrichtung des Erholungsheimes ist praktisch in allen seinen Teilen und bietet zugleich eine prächtige Aussicht. Dem Ehler aber gebührt herzlich Dank und Anerkennung, denn er hat dem 14. Armee-Korps ein Erholungsheim geschaffen, das als geradezu ideal bezeichnet werden darf.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Deidesheim, 18. Juli. (Priv.-Tel.) Am 16. Juli brach im Forstamt Reustadt Nord, im Staatswald zwischen Deidesheim und Wachenheim, ein großer Waldbrand aus, der durch die einheimischen Forst- und Waldarbeiter nicht beseitigt werden konnte. Am Mittwoch rief das Forstamt Reustadt militärische Hilfe an, worauf 280 Pioniere aus Speyer mit Ertrag nach Dürkheim beordert wurden. Im Verlauf des Mittwochs hat der Waldbrand große Ausdehnung angenommen. Radmittags fanden bereits dreißig Feuer in Flammen. Durch das Anreißen des Windes kam der Brand am Mittwochabend zum Stehen und war um acht Uhr gelöscht. Durch den starken Sturm der vergangenen Nacht ist das Feuer, trotzdem eine militärische Wache von achtzig Mann zurückgelassen worden war, wieder neu ausgebrochen. Weitere Nachrichten fehlen bis jetzt. Es ist aber zu hoffen, daß mittlerweile das Feuer beseitigt werden konnte.

Stuttgart, 17. Juli. Zur Unterstützung der vom Staat eingeleiteten Förderung begabter junger Leute hat der Fabrikant Robert Bosch zwei Millionen gestiftet.

Handel und Industrie.

Kaiser-Otto, A.-G., Vereinigte Deutsche Nahrungsmittelfabriken in Heilbronn a. N.

Das Grundkapital der Aktiengesellschaft, in die die Heilbronner Nahrungsmittelfabriken Otto u. Kaiser umgewandelt wurden, beträgt 4 Millionen Mark, eingeteilt in 4000 Aktien zu je 1000 Mark. Nach der jetzt erfolgten Eintragung im Handelsregister sind Gründer der Gesellschaft Hermann Otto, der Ältere, Rentner von Heilbronn, Karl Kaiser, Kaufmann und Fabrikant von Heilbronn, Hermann Otto, der Jüngere, Kaufmann und Fabrikant von Heilbronn, Friedrich Graf Eckbrecht von Dürkheim Montmartin, Gutsbesitzer, Kgl. Bayer. Kammerherr und Major a. D. in Steingaden, Oberbayern, Dr. Otto Kahn, Rechtsanwalt in München. Die Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Mitglieder des Aufsichtsrats sind: Adolf v. Magirus, Generalmajor z. D. in Stuttgart, Hermann Otto, der Ältere, Rentner in Heilbronn, Kommerzienrat Karl Albrecht Eckhardt in Stuttgart, Dr. Ferdinand v. Zuccati maglio in Mannheim, Bankdirektor, Otto Schlack, Bankdirektor in Stuttgart, Benno Freiherr v. Hermann-Wain in München, Friedrich Graf Eckbrecht v. Dürkheim Montmartin, Steingaden, Oberbayern, Gutsbesitzer, Rechtsanwalt Dr. Otto Kahn in München.

Gebr. Junghans A.-G., Schramberg.

In der Aufsichtsratsitzung der Gebrüder Junghans A.-G., Schramberg, wurde die Bilanz 1917-18 vorgelegt. Die Beschäftigung war zwar eine sehr gute, aber der Gewinn wurde beeinträchtigt durch die Erhöhung der allgemeinen Unkosten von 2.547.179 Mk. auf 3.994.363 Mk. und durch kostspielige, auch im öffentlichen Interesse unternommenen Versuche. Dagegen konnten die Abschreibungen von 1.593.087 Mk. auf 500.000 Mk. ermäßigt werden. Es bleibt zur Verfügung der auf den 29. August d. J. einzuberufenden Generalversammlung ein Reingewinn von 3.064.913 Mk. (einschließlich des Vortrages von 165.440 Mk. und abzüglich der Kriegsschulderrücklage) gegen 1.920.360 Mk. i. V. Es wird vorgeschlagen, eine Dividende von 18 Prozent (i. V. 12 Prozent) zu verteilen bei Zuweisung von 400.000 Mark (i. V. 428.340 Mk.) an die bestehende Reserve und von 500.000 Mk. an eine neu zu gründende Rücklage für eine neu zu errichtende Wohnungskolonie. Nach Ueberweisung von 150.000 Mark (i. V. 125.000 Mark) für Wohlfahrtsanstalten verbleiben als Vortrag für das neue Jahr 187.490 Mk. Bei Bemessung der Dividende auf 18 Prozent gingen Aufsichtsrat und Vorstand davon aus, daß auf dieser Erhöhung um die Hälfte der letztjährigen Dividende dem Aktionären nicht nur ein Anteil an dem Gewinn des abgelaufenen Jahres gewährt werden solle, sondern zugleich die Frucht der zurückhaltenden Politik der vergangenen drei Kriegsjahre. Die Aktionäre haben also in einem Teil der Dividende zugleich dasjenige zu erblicken, was man häufig als Bonus zu bezeichnen pflegt, da nicht damit gerechnet werden kann, daß auch in Zukunft eine Dividende in solcher Höhe gegeben werden kann.

Kampferwerke, A.-G. in Berlin-Johannisthal.

Nach dem erst jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht für 1917 waren Störungen im Geschäftsbetrieb auch noch in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 1917 durch die Einführung eines neuen Flugzeugtyps vorhanden. Es sei aber gelungen, so daß in der zweiten Hälfte ein befriedigendes Ergebnis für das abgelaufene erste Geschäftsjahr erzielt werden konnte. Die Verwaltung habe sich aber verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Gesamtanlage durch den Ausbau nunmehr einen Umfang angenommen hätte, der für die Bedürfnisse des Sondererzeugnisses in der Friedenszeit zu groß sein würde. Die Aussichten für das kommende Geschäftsjahr werden aus diesem Grund vorsichtig beurteilt, obgleich noch ausreichende Aufträge vorhanden seien. Der Reingewinn beträgt nach 1.144.640 Mk. Abschreibungen 1.015.346 Mk. und wird wie folgt verteilt: 86.000 Mk. für die gesetzliche Rücklage, ferner für die Nationalstiftung und für die Ludendorff-Spende je 50.000 Mk., an Vorstand und Aufsichtsrat 385.994 Mk., 12 Proz. Dividende gleich 420.000 Mk. und Vortrag 23.352 Mk.

R. Wolf, A.-G. in Magdeburg-Beckum.

Die Gesellschaft erzielte 1917-18 einen Reingewinn von 2.859.240 Mk. (i. V. 1.593.666 Mk.), daraus werden 18 Prozent Dividende auf das Aktienkapital von 13.750.000 Mk., gleich 2.475.000 Mk. (i. V. 5 Prozent auf die Vorkursaktien und 15 Prozent auf die Stammaktien) verteilt. Nach der Vermögensübersicht betragen Wertpapiere 2,73 (4,30) Mill. Mark, Beteiligungen 437.502 Mk., Wechsel 706.163 Mk. (921.052 Mk.), Außenstände 12,06 (2,36) Mill. Mark, Warenbestände 23,34 (8,36) Mill. Mark. Wie der Geschäftsbericht ausführt, wurde die in der Hauptversammlung vom 30. Juli 1917 beschlossene Umwandlung der Vorkursaktien in Stammaktien durchgeführt. Für die Einlösung der Rechte der Stammaktionäre an die Vorkursaktionäre erhielt die Gesellschaft von letzteren 2.500.000 Mk. Aktien. Der durch erzielte Buchgewinn wurde zu Abschreibungen verwendet. Die durch die Umwandlung in den Besitz der Gesellschaft gelangten 2.500.000 Mk. Aktien wurden zur Aufnahme der Ascherleberer Maschinenfabrik A.-G. im Wege der Verschmelzung benutzt, und da die Aktionäre der Ascherleberer Maschinenfabrik A.-G. gemäß Beschluß der außerordentlichen Versammlung vom 22. Februar 1918 für den Übergang des gesamten Vermögens im ganzen 4.250.000 Mk. Aktien der R. Wolf A.-G. zu fordern hatten, so wurde das Kapital der letzteren noch um 1.750.000 Mk. erhöht. Das einheitliche Grundkapital beträgt nunmehr 13.750.000 Mark. Durch die Angliederung dieses Unternehmens hofft die R. Wolf A.-G. der Erweiterung der eigenen Anlagen, die infolge der Aufnahme des Bauens von Dampfplasmaggregaten, Straßenzugmaschinen und Lokomotiven erforderlich geworden wäre, entbunden zu sein, da die Werkstätten der Ascherleberer Maschinenfabrik während des Krieges wesentlich vergrößert worden sind und dort auch ein wichtiger und zuverlässiger Arbeiterstamm vorhanden ist. Die Gesellschaft glaubt daher, der nach dem Kriege zu erwartenden starken Nachfrage nach ihren Erzeugnissen nunmehr in vollem Umfang genügen zu können.

Zusammenschluss in der Eisenindustrie.

r. Düsseldorf, 18. Juli. (Priv.-Tel.) Wie wir hören, sind die Stabeisenwerke auf Mittwoch, den 24. Juli zu einer Ausschußsitzung eingeladen worden, um über den letzten Zusammenschluss der Werke zu beraten. Zur Verhandlung stehen besonders die Ueberpreise sowie die Frachtenfrage. Wegen der Verbandsbildung wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Regierung des Eisenindustrie tatsächlich zu verstehen gegeben hat, bis zum Oktober dieses Jahres den Rohstahlverband fertig zu haben, woraus zu schließen ist, daß anderwärts Maßnahmen der Behörden zu erwarten sind.

Berliner Wertpapierbörse.

Auszahlungen für:

	18.	17.
Konstantinopel	20,85	20,95
Holland 100 Gulden	280,50	281,00
Dänemark 100 Kronen	171,50	173,00
Schweden 100 Kronen	191,25	191,25
Norwegen 100 Kronen	174,25	174,25
Schweiz 100 Franken	140,50	139,75
Ost-Ungarn 100 Kronen	62,05	62,15
Spanien	112,—	113,—
Bulgarien 100 Leva	70,—	79,—

Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Duisburg-Ruhrort, 17. Juli. Antike Notierungen der Schifferbörse, Bergfahrt, Schlepppläne von den Rhein-Ruhr-Häfen nach Mainz-Gustavsburg 2,20 Mk., nach Mannheim 2,40 Mk. — 100 B = 282,75 Mk.

